



metallnachrichten

Eine Information für die Beschäftigten bei proLOG in Geislingen 1 / 2014

„Sozialverträglich“ ist, was Beschäftigung sichert!

Bei proLOG in Geislingen könnte es bereits 2015 zu über 170 betriebsbedingten Kündigungen kommen. Nach bisherigen Informationen will der Konzern dabei über eine „Teilbetriebs-schließung“ eine Sozialauswahl verhindern. Anders als in der WMF AG wären damit bei proLOG soziale Härten unausweichlich, da auch Altersgesicherte, Schwerbehinderte und langjährige Beschäftigte gekündigt würden.

Diese Nachricht hat bei den Betroffenen zu Ohnmacht, Verzweiflung, Wut und zahlreichen Protesten geführt. Die daraus resultie-

renden psychischen Belastungen führen zu einer hohen Krankenquote.

Auf Betriebsversammlungen und in der Öffentlichkeit betont der Vorstand der WMF AG immer wieder, er wolle den Stellenabbau „so sozialverträglich wie möglich“ gestalten. Bei proLOG geht das aber nur über konkrete Beschäftigungsperspektiven. Hierzu fordert die IG Metall verbindliche Regelungen auf der Grundlage eines Tarifvertrages für proLOG.

„Sozialverträgliche Lösungen“ durch Beschäftigungsperspektiven und freiwilliges Ausscheiden durch

Abfindungsangebote benötigen Zeit. Um die Beschäftigten in dieser Zeit abzusichern, ist eine Beschäftigungssicherung bis 2018 notwendig. Bis dahin darf keiner arbeitslos werden, fordern Betriebsrat und IG Metall.

Hierzu wollen wir einen Sozialtarifvertrag verhandeln und abschließen. Dieser könnte auch dazu beitragen, dass die von Geschäftsleitung und Vorstand geforderte Produktivität bis zur Umsetzung der Maßnahmen erhalten bleibt und Risiken für den WMF Konzern reduziert werden.

Die IG Metall fordert einen Sozialtarifvertrag

Nach einer Mitgliederversammlung der IG Metall hat die betriebliche Tarifkommission von proLOG am 16.06.2014 folgende Forderung zu einem Sozialtarifvertrag beschlossen:

1. Beschäftigungssicherung bis 2018.
2. Schaffung von alternativen Arbeitsplätzen am Standort oder anderen Standorten unter tariflichen Bedingungen.
3. Sozialverträgliche Lösungen über Angebote zum freiwilligen Ausscheiden mit Abfindungen auch für rentennahe Jahrgänge und eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft.
4. Nachteilsausgleich in Form von Fahrkostenzuschüssen und Umzugshilfen bei Weiterbeschäftigung an anderen Standorten.

Die Forderungen wurden am 17.06.2014 der Geschäftsleitung übermittelt und allen Beschäftigten auf der Betriebsversammlung am 18.06.2014 vorgestellt.

Rückstands- und Produktivitätsprobleme nur über Perspektiven lösbar!

Im Rahmen der Gespräche über die geplante Betriebsänderung auf Konzernebene wurde von Seiten des Vorstandes erklärt, dass das „Freiwilligen-Programm“ für die Belegschaft von proLOG nur zur Anwendung käme, wenn der Betriebsrat sicherstelle, dass die Rückstands- und Produktivitätsproblematik kurzfristig nachhaltig gelöst werde. Gemein-

sam mit dem Betriebsrat hatte die IG Metall darauf hingewiesen, dass die Situation nur dann nachhaltig verbessert werden könne, wenn den betroffenen Beschäftigten eine Beschäftigungsperspektive geboten werde. Dabei hatten wir nochmals auf die besondere Situation der proLOG-Beschäftigten durch die fehlende Sozialauswahl hingewiesen.